



## Fakten zum Schuljahresbeginn 2011/2012

Investitionen in Bildung sind in hohem Maße wichtig für unsere gemeinsame Zukunft. Wir sind deshalb schon lange innovativ und brauchen keinen Vergleich zu scheuen, im Gegenteil: **Bildungspolitik aus Rheinland-Pfalz ist ein Erfolgsmodell.** Die Schulstrukturreform macht gute Fortschritte und wird früher als geplant abgeschlossen werden. Und weil in den letzten Wochen die Themen Vertretungsverträge und Unterrichtsversorgung eine große Rolle gespielt haben, möchten wir nachfolgend auch darüber informieren.

**Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen: ca. 442.000, an berufsbildenden Schulen: ca. 125.500 (Rückgang um ca. 12.100 im Vergleich zum Vorjahr)**

Diese 567.500 Schülerinnen und Schüler werden von **ca. 42.000 hauptamtlichen Lehrkräften** unterrichtet.

**Kleinere Klassen:** In den ersten Klassen aller 976 Grundschulen sind ab sofort 24 Schülerinnen und Schüler die Obergrenze (bisher 28). Dadurch sind **138 erste Klassen mehr** gebildet worden, was eine wichtige **pädagogische Verbesserung** darstellt. Davon profitieren einerseits die Grundschulen in den Städten, die bisher in der Regel größere Klassen haben. Andererseits wird die Absenkung mit Blick auf die vielen kleinen Grundschulstandorte helfen, **Schulen vor Ort zu erhalten. Rheinland-Pfalz ist damit das Flächenland mit der niedrigsten Klassenmesszahl für die Eingangsklassen der Grundschulen.** In den kommenden Jahren wird in weiteren Schulen die Absenkung von Klassengrößen erfolgen. Die Landesregierung setzt hierfür einen erheblichen Teil der sog. demographischen Rendite ein, die durch den Rückgang der Schülerzahlen bis 2016 entsteht. Insgesamt werden alleine hierfür rund 1.000 Lehrerstellen benötigt und bereitgestellt.

**Unterrichtsversorgung:** Gute Unterrichtsversorgung bleibt eines der obersten Ziele! Für den Bedarf im laufenden Schuljahr sind rund 550 freigewordene Planstellen für Lehrkräfte neu besetzt worden, und mit dem **Vertretungspool** ist ein völlig neues Instrument in der Unterrichtsversorgung installiert worden. Die Lehrkräfte im Vertretungspool erklären sich bereit, drei Jahre lang für Vertretungseinsätze an mehreren Schulen eingesetzt zu werden. Die Stellen sind reguläre und unbefristete Beamten-Planstellen. Nach den ersten drei Jahren werden die Lehrkräfte dann dauerhaft an eine bestimmte Schule versetzt. 100 Stellen sind zum 1.8.2011 eingerichtet worden, 100 weitere werden zum 1.2.2012 folgen. Das Interesse ist groß, den Pool personell weiter auszubauen, wenn das Instrument sich bewährt.

Daneben hat die Schulaufsicht zahlreiche **Vertretungsverträge** in Form befristeter Angestelltenverträge abgeschlossen (zum Schuljahresbeginn 2.208). Diese Zahl verändert sich immer im Laufe eines Schuljahres. Das Ministerium wird deshalb die Anzahl der Vertretungsverträge monatlich erheben und zur Verfügung stellen. **Ein abschließendes und fundiertes Bild zur Unterrichtsversorgung liefert allerdings erst die offizielle Schulstatistik, die wie üblich im Herbst veröffentlicht wird.**

**Qualitätssprung in der Schulstrukturentwicklung:** Mit dem **Start von 12 Fachoberschulen**, die mit Realschulen plus verbunden sind, wird ein neuer Weg zur Fachhochschulreife eröffnet. Dass wir mit der 2009 gestarteten Schulstrukturreform auf dem richtigen Weg sind, zeigt auch die Tatsache, dass mit dem **Start von 14 neuen Realschulen plus und von 2 Integrierten Gesamtschulen** die Gesamtzahlen jetzt bei **174 Realschulen plus und 54 IGSen landesweit** liegen und zugleich nur noch 22 Realschulen in herkömmlicher Form und 15 Hauptschulen SchülerInnen neu aufgenommen haben.

Für die pädagogische Weiterentwicklung des schulischen Angebots stehen auch die **41 neuen Ganztagschulen** in Angebotsform (Gesamtzahl jetzt: 574) sowie insbesondere die **27 neuen Schwerpunktschulen**, die ganz im Sinne der international geforderten **Inklusion** behinderte und nicht-behinderte SchülerInnen gemeinsam unterrichten. Mit 228 Schwerpunktschulen im Grundschul- und im Sekundarschulbereich hat Rheinland-Pfalz mittlerweile ein dichtes Netz von inklusiven Angeboten, das wir in Zukunft noch enger knüpfen wollen. Vor allem aber werden wir in dieser Legislaturperiode ein vorbehaltloses Wahlrecht der Eltern zwischen integrativem Unterricht und dem Besuch einer Förderschule gesetzlich festschreiben.

**Schulbuchausleihe geht in die zweite Runde:** Nach der guten Resonanz nach Einführung im letzten Schuljahr greift das System nun auch in den gymnasialen Oberstufen von Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen sowie in den Wahlschulbildungsgängen der berufsbildenden Schulen. Im kommenden Schuljahr folgt die Ausweitung auf die Grundschulen. **Damit werden Familien finanziell spürbar entlastet.**